

Datum :
04.09.2015

An den Vorsitzenden des
Seniorenrates

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Seniorenrat	16.09.2015	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Fortschreibung für die Jahre 2016 bis 2018 der "Verbindlichen Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2015 bis 2017"

Beschlussvorschlag:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt zu empfehlen, dass in der Fortschreibung für die Jahre 2016 bis 2018 bei der verbindlichen Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze folgende Punkte aufgenommen bzw. vertieft dargestellt werden:

- 1. Nachtpflegestätten**
- 2. Tagespflegestätten**
- 3. Pflegeplätze für Menschen mit Migrationshintergrund**

Begründung:

Zu 1) Nachtpflegestätten

In der mit Datum vom 21.05.2015 vorliegenden verbindlichen Bedarfsplanung ist keine Aussage zu Nachtpflegestätten getroffen. In der Fortschreibung sollten grundsätzliche Ideen und Möglichkeiten untersucht werden, wie diese von der Kommune initiiert und gefördert werden können. Aufgrund der steigenden Zahl von Demenzerkrankungen und der damit verbundenen Belastung der pflegenden Angehörigen hält der Seniorenrat die Einrichtung von Nachtpflegestätten für zwingend notwendig, damit die pflegenden Angehörigen wenigstens hin und wieder mal nachts Ruhe finden.

Zu 2) Tagespflegestätten

Es sollte untersucht und dargelegt werden, welche Steuerungsmöglichkeiten für die Kommune bestehen, den Mangel an Tagespflegeplätzen in den Bielefelder Außenbezirken wie z. B. in Dornberg zu beheben. Denkbar ist z. B. eine verstärkte Ansprache von Investoren. Durch das aktive Eingreifen der Kommune sollte „Wildwuchs“ verhindert werden, zu dem möglicherweise u.

a. die bessere finanzielle Ausstattung der Tagespflege nach dem Pflegestärkungsgesetz I beitragen könnte.

Zu 3) Pflegeplätze für Menschen mit Migrationshintergrund

Die Pflegesituation für Menschen mit Migrationshintergrund ist in dem Bericht v. 21.05.2015 nur kurz erwähnt worden unter Darlegung der Schwierigkeiten aus kultureller, sprachlicher und religiöser Sicht. In der Fortschreibung sollten Maßnahmen aufgezeigt werden, wie diesen Menschen in Zukunft geholfen werden kann. Die Verwaltung wird gebeten, dazu einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln.

Berichterstattung:

Frau Iris Huber

Gez. Huber